
S 3 U 88/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung - Schülerunfall - kein Unfallversicherungsschutz bei Verschlucken ohne äußere Einwirkung - organisatorischer Verantwortungsbereich der Schule - Schulabschlussfeier - Nahrungsaufnahme - sachlicher Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit - Schluckakt als schädigende Verrichtung - unwillkürlicher Reflex - innerkörperliche Fehlfunktion - innere Ursache - Zurechnung - Wertungsgesichtspunkte - Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung - sozialgerichtliches Verfahren - Zurückverweisung an das Sozialgericht bei Entscheidungsreife nur im Ausnahmefall
Leitsätze	Der Schutzzweck der gesetzlichen Unfallversicherung erstreckt sich nicht auf rein innerkörperliche Fehlfunktionen im Sinne unwillkürlicher Vorgänge bzw autonomer, biologisch feststehender Prozesse (Schlucken, Atmen, Herztätigkeit, Verdauung, Lidschlag), sofern spezifische äußere Einwirkungen fehlen.
Normenkette	SGB VII § 8 Abs 1 S 2 ; SGB VII § 8 Abs 1 S 1 ; SGB VII § 2 Abs 1 Nr 8 Buchst b Alt 1 ; SGB I § 33c S 1 ; SGG § 159 Abs 1 Nr 1 ; SGG § 159 Abs 1 Nr 2 ; SGG § 170 Abs 2 S 2 ; GG Art 3 Abs 3 S 2
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 3 U 88/15
Datum	15.03.2016
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 16 U 79/16
Datum	17.12.2019

3. Instanz

Datum

31.03.2022

Â
Die Revisionen des KlÃ¤gers und der Beigeladenen gegen das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 17.Â Dezember 2019 werden zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beteiligten haben einander auÃgerichtliche Kosten auch des Revisionsverfahrens nicht zu erstatten.

Â
G r Ã¼ n d e :

I
Â
1
Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob die Beklagte die Nahrungsaspiration des KlÃ¤gers wÃ¤hrend der Schulabschlussfeier am 8.7.2009 als Arbeitsunfall feststellen muss.

Â
2
Der 1990 geborene KlÃ¤ger leidet seit seiner Kindheit an einer Cerebralparese mit spastischer LÃ¤hmung aller vier GliedmaÃen (Tetraparese) und ist deshalb auf einen Rollstuhl angewiesen. Aufgrund einer KehlkopfdeformitÃ¤t drangen hÃ¤ufig Speisen und GetrÃ¤nke in die Atemwege ein (Aspiration, Verschlucken), sodass mitunter Nahrungsmittel aus der LuftrÃ¶hre entfernt werden mussten und LungenentzÃ¼ndungen (Aspirationspneumonien) auftraten. Das Ã¤rztlich angeratene PÃ¤rieren von Speisen lehnten der KlÃ¤ger und seine Eltern unter bewusster Inkaufnahme der damit einhergehenden Risiken ab, um seine LebensqualitÃ¤t zu erhÃ¶hen. Bis zum 8.7.2009 konnte er bei passivem SprachverstÃ¤ndnis durch Blickkontakt, Gesten und Buchstabentafeln kommunizieren und dabei seinen natÃ¼rlichen Willen Ã¤uÃern. Eine geistige Behinderung lag nicht vor.

Â
3

Von August 2007 bis Juli 2009 besuchte der Kläger eine Schule für körperbehinderte Menschen mit angeschlossenem Internat, deren Träger die Beigeladene ist. Dort absolvierte er eine zweiahrigere Berufsvorbereitung und erwarb den Hauptschulabschluss. Dabei erledigte er seine schulischen Belange, gestaltete seine Freizeit und organisierte seine Heimfahrten selbstständig. In der Einrichtung durfte er uneingeschränkt alles essen und trinken. Getränke konnte er mit Hilfe einer Schnabeltasse konsumieren. Das Essen musste zerkleinert und angereicht werden. Nach der schriftlichen Anweisung seiner Mutter sollte das Essen nicht poriert, sondern lediglich mit der Gabel klein gedrückt und Fleisch ganz klein geschnitten werden. In der Gruppe und in der Schule wurde ihm das Essen von Mitarbeitern gereicht, ansonsten auch von Mitschülern oder Mitbewohnern. Bisweilen besorgte sich der Kläger jenseits der Einrichtung auch andere Nahrungsmittel, zB Pizza oder suckkuchen.



4

Am Abend des 8.7.2009 nahm er an einer von der Schulleitung genehmigten Abschlussfeier teil. Dort stand für die Teilnehmer ein Buffet zur Verfügung, an dem sie sich selbst bedienen konnten. Der Kläger ließ sich Speisen bringen, die er zuvor selbst ausgewählt hatte. Eine sozialpagogische Fachkraft schnitt das Essen klein und reichte es ihm an, wobei er durch Gesten signalisierte, wann er die nächste Portion erhalten wollte. Beim Essen eines kleingeschnittenen Mozzarellstucks traten Probleme beim Schlucken auf, die durch Klopfen auf den Racken und Ausräumen des Mundes nicht behoben werden konnten. Infolge eines Atemwegsverschlusses kam es zu einem Herz- und Atemstillstand mit ausgeprägtem Sauerstoffmangel und daraus resultierendem Hirnschaden. Der herbeigerufene Notarzt konnte den Kläger reanimieren; gleichwohl verblieb ein apallisches Syndrom im Sinne eines Wachkomas.



5

Die Beklagte lehnte einen Versicherungsfall in der Schülerunfallversicherung ab, weil die Nahrungsaufnahme grundsätzlich unversichert sei, kein Ausnahmefall vorliege und die Fremdkörperaspiration wesentlich auf der erkrankungsbedingten Schluckstörung als innerer Ursache beruhe (*Bescheide vom 15.7.2014 und Widerspruchsbescheide vom 5.5.2015*).



6

Das SG hat die Klage aufgrund mandlicher Verhandlung abgewiesen, ohne dass der Zugang der Terminladung an die abwesende Beigeladene nachweisbar war (*Urteil vom 15.3.2016*). Das LSG hat die Berufungen des Klägers und der

Beigeladenen zur^{1/4}ckgewiesen (*Urteil vom 17.12.2019*): Das Essen w^hrend der schulischen Veranstaltung stehe mit der versicherten T^{at}igkeit des Kl^{ag}ers als Sch^{ler} in keinem sachlichen Zusammenhang, weil die Nahrungsaufnahme ein menschliches Grundbed^{fnis} stille und deshalb grunds^{tzlich} dem privaten, unversicherten Lebensbereich zuzurechnen sei. Da die Mahlzeit weder verdorben oder unmittelbar Teil der versicherten T^{at}igkeit gewesen sei noch schulische Umst^{nde} die Einnahme des Essens wesentlich mitbestimmt h^{tt}en, liege auch kein Ausnahmefall vor. Rechtlich wesentlich f^{ur} den Gesundheitsschaden sei die h^{ufige} Neigung des Kl^{ag}ers zum Verschlucken von Speisen und seine Ablehnung, zur Vermeidung bzw Reduktion entsprechender Risiken p^{riertes} Essen zu sich zunehmen. Als Vollj^{hriger} mit Schulabschluss sei er imstande gewesen, Verantwortung f^{ur} seine Essgewohnheiten und die sich daraus ergebenden Folgen zu ^{bernehmen}, und kⁿⁿe deshalb nicht mit Kindern in einer Kindertagesst^{tte} verglichen werden, die auch beim Essen weitreichend versichert seien. Im ^{brigen} sei bedeutungslos, dass kein Absaugger^{at} griffbereit gewesen sei. Eine Zur^{ck}verweisung der Sache an das SG komme deshalb nicht in Betracht.

Â

7

Mit der Revision r^{agt} der Kl^{ag}er Verletzungen materiellen Rechts ([Â§Â§ 7, 8 Abs 1, Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst b SGB VII](#)). Die Vorinstanzen h^{tt}en Bedeutung und Tragweite der Sch^{ler}unfallversicherung bei Sch^{lern} mit k^{rperlichen} Beeintr^{chtigungen} verkannt. Als (F^{hrer})Schule f^{ur} Menschen mit Beeintr^{chtigungen} habe sie seine versicherte Nahrungsaufnahme w^hrend der schulischen Abschlussfeier beaufsichtigen und f^{ur} den Notfall eine Absaugpumpe griffbereit halten m^{ssen}.

Â

8

Der Kl^{ag}er beantragt,

Â

Â

9

Die Beigeladene macht die Verletzung formellen (*Art 103 Abs 1 GG, Â§ 159 SGG*) und materiellen Rechts ([Â§ 8 Abs 1 iVm Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst a und b SGB VII](#)) geltend. Die Nahrungsaufnahme sei hier ausnahmsweise versichert, weil sie Teil der Abschlussfeier gewesen sei und diese besondere schulische Veranstaltung die Einnahme des Essens wesentlich mitbestimmt habe, bei der der

Kläger krankheitsbedingt hilfe- und betreuungsbedürftig gewesen sei. Hilfsweise sei die Sache an das LSG bzw SG zurückzuverweisen, weil die Nichtbekanntgabe des erstinstanzlichen Verhandlungstermins und ihre damit verbundene Nichtteilnahme ihr Grundrecht auf rechtliches Gehör schwerwiegend verletzt habe.

Ä

10

Die Beigeladene beantragt,

Ä

Ä

Ä

Ä

Ä

Ä

11

Die Beklagte, die dem angefochtenen Urteil beipflichtet, beantragt,

Ä

Ä

II

Ä

12

Die Revisionen sind unbegründet und deshalb zurückzuweisen ([Ä§ 170 Abs 1](#)

[Satz 1 SGG](#)). Das LSG hat die Berufungen des Klägers und der Beigeladenen gegen das klageabweisende Urteil des SG zu Recht zurückgewiesen. Die kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen ([§ 54 Abs 1 Satz 1 Var 1 und 3](#), [§ 56 SGG](#)) haben keinen Erfolg, weil die Ablehnungsentscheidung in den Bescheiden vom 15.7.2014 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 5.5.2015 ([§ 95 SGG](#)) rechtmäßig ist und weder den Kläger noch die Beigeladene beschwert ([§ 54 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Die Beklagte ist nicht verpflichtet, die Nahrungsaspiration und den daraus resultierenden Atemwegsverschluss des Klägers während der Schulabschlussfeier am 8.7.2009 als Arbeitsunfall festzustellen.

Ä

13

Arbeitsunfälle sind gemäß [§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind nach [§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#) zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen. Ein Arbeitsunfall setzt daher voraus, dass die Verrichtung einer versicherten Person zurzeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang). Die Verrichtung muss zu einem zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis dem Unfallereignis gefügt haben (Unfallkausalität) und das Unfallereignis muss einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht (haftungsbegründende Kausalität) haben (*stRspr*; vgl zuletzt zB *BSG Urteile vom 6.5.2021* [B 2 U 15/19 R](#) *SozR 4-2700 § 8 Nr 77 RdNr 13* *Streitgespräch zur Veröffentlichung in SozR 4 vorgesehen, vom 6.10.2020* [B 2 U 9/19 R](#) *SozR 4 1500 § 55 Nr 27 RdNr 18* *vorzeitiges Verlassen des Arbeitsplatzes* sowie [B 2 U 13/19 R](#) *SozR 4 2700 § 8 Nr 76 RdNr 8* *Halspfkissen* und vom 23.6.2020 [B 2 U 12/18 R](#) *SozR 4 2700 § 2 Nr 54 RdNr 8* *Gaststättenbesuch*). Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Zwar gehörte der Kläger als Schüler einer Schule mit allgemeinem und berufsorientiertem Lernbereich zum versicherten Personenkreis (*dazu 1.*), und die Schulabschlussfeier war eine Veranstaltung im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule (*dazu 2.*). Das (Ver-)Schlucken des kleingeschnittenen Mozzarellastücks als Verrichtung zur Zeit der Einwirkung (*dazu 3.*) ist der versicherten Tätigkeit aber sachlich nicht zuzurechnen (*dazu 4.*). Eine Zurückverweisung der Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das SG oder LSG kommt nicht in Betracht (*dazu 5.*).

Ä

14

1. Als Sch^{1/4}ler geh^{1/4}rtete der Kl^{1/4}xger zum â^{1/4}versicherten Personenkreisâ^{1/4} gem^{1/4} [Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst b](#) Var 1 SGB VII. Nach dieser Vorschrift sind â^{1/4}kraft Gesetzesâ^{1/4} versichert Sch^{1/4}ler w^{1/4}hrend des Besuchs von allgemein- oder berufsbildenden Schulenâ^{1/4}. Auf Grundlage der bindenden Feststellungen des LSG ([Â§ 163 SGG](#)) war der Kl^{1/4}xger am 8.7.2009 noch â^{1/4}Sch^{1/4}lerâ^{1/4} einer Schule mit allgemeinem und berufsorientiertem Lernbereich, obgleich er die Hauptschulabschlusspr^{1/4}fung bereits erfolgreich abgelegt hatte. Denn seine Ausbildungszeit an dieser allgemein- und berufsbildenden Schule endete nach den bindenden tatrichterlichen Feststellungen ([Â§ 163 SGG](#)) erst am 10.7.2009. Soweit die Beigeladene in der m^{1/4}ndlichen Verhandlung vorgetragen hat, auch der Versicherungspflichttatbestand des [Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst a](#) Var 1 SGB VII sei einschli^{1/4}gig, ^{1/4}bersieht sie, dass sich diese Vorschrift von vornherein nur auf â^{1/4}Kinderâ^{1/4} (vgl zur Kindeseigenschaft [Â§ 7 Abs 1 Nr 1 SGB VIII](#)) und keinesfalls auf erwachsene Sch^{1/4}ler bezieht.

Â

15

2. Der Kreis der versicherten T^{1/4}xtigkeiten und der Versicherungsschutz in der Sch^{1/4}lerunfallversicherung erstrecken sich seit jeher auf den organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule (*stRspr; ua BSG Urteile vom 26.11.2019* â^{1/4} [B 2 U 3/18 R](#) â^{1/4} *SozR 4â^{1/4}2700 Â§ 2 Nr 53 RdNr 20* â^{1/4} *Armeesportclub*â^{1/4}, vom 23.1.2018 â^{1/4} [B 2 U 8/16 R](#) â^{1/4} [BSGE 125, 129](#) Â = *SozR 4â^{1/4}2700 Â§ 2 Nr 38 RdNr 14* â^{1/4} *Videodreh*â^{1/4}, vom 30.6.2009 â^{1/4} [B 2 U 19/08 R](#) â^{1/4} *SozR 4â^{1/4}2700 Â§ 2 Nr 13*, vom 26.10.2004 â^{1/4} [B 2 U 41/03 R](#) â^{1/4} *SozR 4â^{1/4}2700 Â§ 8 Nr 7*, vom 7.11.2000 â^{1/4} [B 2 U 40/99 R](#) â^{1/4} *juris RdNr 16*, vom 5.10.1995 â^{1/4} [2 RU 44/94](#) Â â^{1/4} *SozR 3â^{1/4}2200 Â§ 539 Nr 34*, vom 25.2.1993 â^{1/4} [2 RU 11/92](#) Â â^{1/4} *SozR 3â^{1/4}2200 Â§ 539 Nr 22*, vom 24.1.1990 â^{1/4} [2 RU 22/89](#) Â â^{1/4} *juris RdNr 14*, vom 30.5.1988 â^{1/4} [2 RU 5/88](#) Â â^{1/4} *juris RdNr 15*, vom 31.3.1981 â^{1/4} [2 RU 29/79](#) Â â^{1/4} [BSGE 51, 257, 259](#) = *SozR 2200 Â§ 548 Nr 55 S 147 f*, vom 27.11.1980 â^{1/4} [8a RU 84/79](#) Â â^{1/4} *SozR 2200 Â§ 548 Nr 53* und vom 27.1.1976 â^{1/4} [8 RU 114/75](#) Â â^{1/4} [BSGE 41, 149, 151](#) = *SozR 2200 Â§ 539 Nr 16*; *Linder, WzS 2017, 35*; *ausf^{1/4}hrlich Schlaeger in ders/Linder/Bruno, Unfallversicherung f^{1/4}r Kinder in Tagesbetreuung, Sch^{1/4}ler und Studierende, 2. Aufl 2020, Kap 5 RdNr 56 ff*). Dieser kann je nach Schulform und speziellen Unterst^{1/4}tzungsbedarfen enger oder weiter sein. Zur versicherten T^{1/4}xtigkeit z^{1/4}hlen grunds^{1/4}tzlich (zu m^{1/4}glichen Ausnahmen *Schlaeger, aaO, Kap 5 RdNr 76*) alle schulischen Veranstaltungen, auch wenn die Mitwirkung freigestellt oder unverbindlich ist (*Karmanski, SozSich 2020, 351, 352*). Denn die Schule hat einen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich nicht im reinen Lernbetrieb ersch^{1/4}pft, sondern ^{1/4}ber die Wissensvermittlung und den eigentlichen Unterricht hinaus zahlreiche Veranstaltungen umfasst, bei denen Kinder und Heranwachsende in einer Gemeinschaft zusammengef^{1/4}hrt werden (*BGH Urteil vom 14.7.1987* â^{1/4} [VI ZR 18/87](#) Â â^{1/4} [NJW 1988, 493, 494](#) = *juris RdNr 12*). Im Regelfall erfordert der organisatorische Verantwortungsbereich einen unmittelbaren r^{1/4}umlichen (â^{1/4}Schulbesuchâ^{1/4}) und zeitlichen Zusammenhang

(während) zu einer Schulveranstaltung, der grundsätzlich entfällt, wenn schulische Aufsichtsmassnahmen nicht mehr gewährleistet sind (*BSG Urteile vom 23.1.2018* [BÄ 2Ä U 8/16Ä RÄ](#) [BSGE 125, 129Ä](#) = *SozR 4Ä 2700 Ä 2 NrÄ 38 RdNrÄ 14Ä* [Videodreh](#), vom 30.6.2009 [BÄ 2Ä U 19/08Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 2 NrÄ 13 RdNrÄ 25](#) und vom 18.4.2000 [BÄ 2Ä U 5/99Ä RÄ](#) [SozR 3Ä 2200 Ä 539 NrÄ 49 SÄ 214](#); *Schlaeger, aaO, KapÄ 5 RdNrÄ 56*). Die Schulabschlussfeier war eine schulische Veranstaltung, weil sie nach den bindenden Feststellungen von der Schulleitung auf dem Gelände der Beigeladenen genehmigt worden war und durch deren Mitarbeiter beaufsichtigt wurde. Die Nahrungsaspiration ereignete sich somit im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule und damit im Rahmen einer versicherten Tätigkeit, die Versicherungsschutz nach [Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 BuchstÄ b VarÄ 1 SGBÄ VII](#) abstrakt-generell begründet.

Ä

16

3.Ä Eine versicherte Tätigkeit wird konkret-individuell ausgeübt, wenn, solange und soweit der Verletzte den jeweiligen Versicherungstatbestand durch eigene Verrichtungen erfüllt (*BSG Urteil vom 27.11.2018* [BÄ 2Ä U 15/17Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 2 NrÄ 49 RdNrÄ 14Ä](#) [Nikolausturnier](#)). Eine Verrichtung ist jedes konkrete, räumlich und zeitlich bestimmte Verhalten, das objektiv seiner Art nach von Dritten beobachtbar ist (*BSG Urteil vom 23.6.2020* [BÄ 2Ä U 12/18Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 2 NrÄ 54 RdNrÄ 13Ä](#) [Gaststättenbesuch](#)). Für die Prüfung ist regelmäßig die kleinste beobachtbare Handlungssequenz maßgebend (*BSG Urteil vom 17.12.2015* [BÄ 2Ä U 8/14Ä RÄ](#) [SozR 4-2700 Ä 8 Nr 55 RdNrÄ 14](#); *Spellbrink, WzS 2011, 351, 354*). Dabei ist nur auf die Sicht eines objektiven Betrachters der Situation abzustellen, ohne die subjektiven, ggf unterschiedlichen Zwecke oder Handlungstendenzen, die der Verletzte mit seinem Verhalten verfolgt, in die Beurteilung mit einzubeziehen (*P.Ä Becker, SGB 2012, 691, 693*). Die Verrichtung zur Zeit der Einwirkung war das (Ver)Schlucken des Mozzarellastücks während der Schulabschlussfeier auf dem Gelände der Beigeladenen, wobei beim Schluckakt Speise in die Luftröhre als ein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis gelangte und die Atemwege bis zur Entfernung durch den Notarzt mehrere Minuten lang blockierte. Dabei geschah der Luftröhrenverschluss unfreiwillig, sodass entgegen der Ansicht des LSG der Fall eines gewollten Handelns (dem Essen des Mozzarellastücks) mit einer ungewollten äußeren Einwirkung (der Atemwegsblockade durch die Speise) vorliegt (*dazu BSG Urteil vom 30.1.2007* [BÄ 2Ä U 8/06Ä RÄ](#) [juris RdNrÄ 15](#)). Dass gebotene Rettungshandlungen unterblieben sein könnten, ist weder festgestellt noch sonst ersichtlich, sodass auf die Frage, ob auch ein Unterlassen als ein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis angesehen werden kann, nicht näher einzugehen ist (*bejahend Krasney in ders/Becker/Heinz/Bieresborn, Gesetzliche Unfallversicherung* [SGBÄ VII, Ä 8 RdNrÄ 620](#); *Mälheims, SGB 2019, 258, 261 ff*; *verneinend Keller in Hauck/Noftz, SGBÄ VII, K Ä 8 RdNrÄ 11d*; *Kähler, SGB 2014, 69, 70*; *Schlaeger, SGB 2022,*

153 ff).

Ä

17

4.Ä Der abstrakt-generell versicherten SchÄ¼lertÄ¼tigkeit, die Teilnahme an der Schulabschlussfeier, ist die konkret-individuelle Verrichtung, das Hinunterschlucken des mundgerecht kleingeschnittenen MozzarellaÄ¼cks, nicht zuzurechnen. Ob dieser innere bzw sachliche Zusammenhang zwischen der Verrichtung einer grundsÄ¼tzlich versicherten Person zurzeit des Unfalls und der versicherten TÄ¼tigkeit besteht, muss wertend entschieden werden (*zuletzt BSG Urteil vom 27.11.2018* ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 7/17Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 66 RdNrÄ 11Ä* ä¼¼ ä¼¼*Hauswirtschafterin*ä¼¼). Es ist daher zu untersuchen, ob die Verrichtung innerhalb der Grenze liegt, bis zu welcher Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung reicht (*BSG Urteile vom 27.11.2018* ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 7/17Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 66 RdNrÄ 11Ä* ä¼¼ ä¼¼*Hauswirtschafterin*ä¼¼, vom 4.7.2013 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 5/12Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2200 Ä¼Ä 1150 NrÄ 2 RdNrÄ 18*, vom 12.4.2005 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 5/04Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 2 NrÄ 4 RdNrÄ 5*, vom 28.4.2004 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 26/03Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 5 RdNrÄ 5*, vom 6.5.2003 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 33/02Ä RÄ](#) ä¼¼ *juris RdNrÄ 14 und vom 7.11.2000* ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 39/99Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 3ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 3* SÄ 15). Dabei sind die Wertungsgesichtspunkte und GrundsÄ¼tze, die der Senat zur BeschÄ¼ftigtenversicherung ([Ä¼Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)) entwickelt hat, nicht ohne Weiteres auf die SchÄ¼lerunfallversicherung Ä¼¼bertragbar. Denn anders als im Rahmen einer BeschÄ¼ftigung kommt es bei SchulunfÄ¼llen nicht darauf an, wem die jeweilige Verrichtung des Verletzten aus seiner subjektiven und aus objektiver Sicht diene oder nÄ¼tzen sollte. Das Kriterium der ä¼¼objektivierten Handlungstendenzä¼¼ (*dazu BSG Urteile vom 10.8.2021* ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) ä¼¼ *juris RdNrÄ 18*, vom 6.10.2020 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 9/19Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼1500 Ä¼Ä 55 NrÄ 27 RdNrÄ 20*, vom 31.8.2017 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 2/16Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 61 RdNrÄ 19Ä* ä¼¼ ä¼¼*Fenstersturz eines Fahrzeugaufbereiters*ä¼¼, vom 20.12.2016 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 16/15Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 60 RdNrÄ 15Ä* ä¼¼ ä¼¼*Abweg*ä¼¼ und vom 17.12.2015 ä¼¼Ä [BÄ 2Ä U 8/14Ä RÄ](#) ä¼¼ *SozR 4ä¼¼2700 Ä¼Ä 8 NrÄ 55 RdNrÄ 14*) setzt nÄ¼mlich voraus, dass der Versicherte den Erfolg seines Tuns sowie den intendierten Kausalverlauf in seinen wesentlichen GrundzÄ¼gen voraussehen und sein Verhalten dieser Zielsetzung entsprechend zweckorientiert anpassen kann (*Karmanski, SozSich 2020, 351, 352*). Da Kinder und Jugendliche typischerweise und vielfach auch junge Erwachsene weder Ä¼¼ber das SteuerungsvermÄ¼gen BeschÄ¼ftigter mit entsprechender Impulskontrolle verfÄ¼gen noch die Folgen ihrer Handlungen zuverlÄ¼ssig einschÄ¼tzen kÄ¼nnen, ist das Kriterium der objektivierten Handlungstendenz fÄ¼r SchÄ¼ler wenig geeignet (*Karmanski, aaO*). Zudem dienen ihre Verrichtungen in Schulen typischerweise nicht fremden, sondern eigenen (Bildungsä¼¼)Interessen, auch wenn sie der Schulpflicht unterliegen und die Allgemeinheit mittelbar Nutzen aus der Erziehung und Bildung nachkommender Generationen zieht (*Karmanski, aaO*).

Als Wertungsfaktoren und wichtige Zurechnungsgesichtspunkte des sachlichen Zusammenhangs verbleiben daher im Rahmen der Sch^¼lerunfallversicherung vor allem der Schutzzweck der Norm (*BSG Urteile vom 23.1.2018* [Ä§Ä 2 NrÄ 38, RdNrÄ 10 und 22Ä](#) [Ä§Ä 8 NrÄ 70 RdNrÄ 41Ä](#) [BÄ 2Ä U 8/16Ä RÄ](#) [BSGE 125, 129Ä](#) = *SozR 4Ä 2700 Ä§Ä 2 NrÄ 38, RdNrÄ 10 und 22Ä* [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 70 RdNrÄ 41Ä](#) [Wohnung der FreundinÄ](#)), deren Einbettung in die Gesamtrechtsordnung (*BSG Urteil vom 23.1.2018* [Ä§Ä 2 NrÄ 38, RdNrÄ 20Ä fÄ](#) [BÄ 2Ä U 8/16Ä RÄ](#) [BSGE 125, 129Ä](#) = *SozR 4Ä 2700 Ä§Ä 2 NrÄ 38, RdNrÄ 20Ä fÄ* [VideodrehÄ](#)) sowie die Grundprinzipien der Unfallversicherung (*Aumann, Arbeitsunfall 4.0, 2019, SÄ 50; P.Ä Becker, SGb 2007, 721, 724*), insbesondere die Regelungen ^¼ber die HaftungsbeschrÄnkung fÄ^¼r Unternehmer, UnternehmensangehÄrige und andere Personen (*hier insbesondere nach Ä§Ä 106 AbsÄ 1 SGBÄ VII*). Dar^¼ber hinaus kÄnnen in die Wertung auch kausale Kriterien (*BTÄ Drucks 13/2204 SÄ 77: ÄursÄchlicher innerer ZusammenhangÄ*; *BSG Urteil vom 6.10.2020* [Ä§Ä 8 NrÄ 76 RdNrÄ 19Ä](#) [BÄ 2Ä U 13/19Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 76 RdNrÄ 19Ä](#) [HÄ¼pfkissenÄ](#); *Spellbrink/Karmanski, SGb 2021, 461, 468*) sowie gesellschaftliche (*Keller in Hauck/Noftz, SGBÄ VII, KÄ Ä§Ä 8 RdNrÄ 3: Ägesellschaftlich akzeptierte sozialpolitische LeitlinienÄ*) und gesellschaftspolitische Aspekte einflieÄen (*Bereiter-Hahn/Mehrtens, GUV, ErgLfg 1/22, Ä§Ä 8 SGBÄ VII AnmÄ 6; Wagner in jurisPK-SGBÄ VII, Stand 15.1.2022, Ä§Ä 8 RdNrÄ 30*). Dabei liegt es in der Natur jeder Wertentscheidung, dass sie immer nur unter BerÄcksichtigung aller besonderen UmstÄnde des Einzelfalls sachgerecht getroffen werden kann (*vgl KÄhler, KausalitÄt, FinalitÄt und Beweis, 2001, SÄ 149*).

Der allgemeine Schutzzweck des [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ VII](#) erstreckt sich grundsÄtzlich nicht auf die Nahrungsaufnahme, wenn und soweit mit ihr ein menschliches GrundbedÄrfnis befriedigt wird. Der spezielle Schutzzweck der Sch^¼lerunfallversicherung ([Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 8Ä BuchstÄ b SGBÄ VII](#)) kann indes auch das Essen und Trinken im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule erfassen, etwa wenn Speisen und GetrÄnke wÄhrend des Schulbesuchs im Rahmen einer Gemeinschaftsverpflegung oder ÄÄ wie hierÄ ÄÄ bei einer schulischen Veranstaltung angeboten und konsumiert werden (*vgl dazu zB Schlaeger, aaO, KapÄ 5 RdNrÄ 110Ä f, der zwischen Einzelmahlzeiten und Gemeinschaftsverpflegung differenziert; zur besonderen Bedeutung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung unter Teilhabegesichtspunkten vgl Ä§Ä 28 AbsÄ 6 SatzÄ 2 SGBÄ II, Ä§Ä 34 AbsÄ 6 SatzÄ 2 SGBÄ XII*). Ob das Essen an sich wÄhrend der Schulabschlussfeier der versicherten Sch^¼lertÄtigkeit des KlÄrgers im Rahmen der gebotenen Einzelfallentscheidung ÄÄ unter BerÄcksichtigung von Alter, Hilfebedarf, SchutzbedÄrftheit, Anlass,

Umgebung, Art und Zweck der Nahrungsaufnahme zuzurechnen ist, kann indes offenbleiben. Denn vorliegend bestand die schädigende Verrichtung nicht in der Teilnahme am gemeinsamen Essen und auch nicht in der Entgegennahme des nach den Vorgaben des Klägers mundgerecht geschnittenen Mozzarellastücks, sondern nach den bindenden Feststellungen der Vorinstanz ([Â§ 163 SGG](#)) im anschließenden Schluckvorgang (im Sinne eines Verschluckens). Der Schluckakt beruht allerdings auf einem unwillkürlichen Reflex und kann deshalb grundsätzlich der versicherten Tätigkeit als Schädler auch bei weiter Betrachtungsweise nicht mehr zugerechnet werden (*differenzierend Schlaeger, aaO, Kap 5 RdNr 110 f, der zwischen dem unversicherten Verschlucken bei Einzelmahlzeiten und dem versicherten Verschlucken bei der Gemeinschaftsverpflegung unterscheidet*). Anhaltspunkte für eine Fehlauslösung durch besondere, im sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit stehende Einwirkungen von außen, die den Schluckakt beeinträchtigt haben und deshalb eine Zurechnung ausnahmsweise rechtfertigen könnten (vgl zB zu sog *âpausentypischen Gefahrenmomenten* Hessisches LSG Urteil vom 13.10.2004 [L 3 U 320/03](#) *â juris und Schlaeger, aaO, Kap 5 RdNr 110*), liegen hier nicht vor. Das Essen und Hinunterschlucken des mundgerecht kleingeschnittenen Mozzarellastücks war in diesem Sinne keine besondere, den reflexhaften Schluckakt beeinträchtigende Einwirkung von außen. Dass das Fehlgehen des Schluckreflexes auch auf der Kehlkopfdeformität des Klägers beruhte, benachteiligt ihn nicht *âwegen seiner Behinderung*, was Art 3 Abs 3 Satz 2 GG, [Â§ 33c Satz 1 SGB I](#) verbietet. Denn auch kehlkopfgesunde Schädlerinnen und Schädler sind nicht unfallversichert, wenn sie sich ohne *âuere Einwirkungen bei der Einnahme von Speisen im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule verschlucken*.

Â

20

Der Schutzzweck des [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) erstreckt sich nicht auf rein innerkörperliche Fehlfunktionen im Sinne unwillkürlicher Vorgänge bzw autonomer, biologisch feststehender Prozesse (wie Atmen, Herzaktivität, Verdauung, Lidschlag, Schlucken), weil die gesetzliche Unfallversicherung als *tätigkeitsbezogene Personenversicherung* nur bestimmte Menschen aufgrund bestimmter Verrichtungen und nicht *â wie statusbezogene Personenversicherungen* *â Menschen an sich versichert* (*P. Becker, BG 2011, 224, 228; Schlaeger, aaO, Kap 1 RdNr 1*). Denn nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) begründen allein Tätigkeiten den Versicherungsschutz, der seinerseits nur besteht, wenn, solange und soweit eine Verrichtung ausgeübt wird, die den jeweiligen Versicherungstatbestand erfüllt (*BSG Urteil vom 18.9.2012* [B 2 U 20/11 R](#) *â SozR 4-2700 Â§ 6 Nr 3 RdNr 40*). Die Risiken, aufgrund innerkörperlicher Fehlfunktionen Krankenbehandlung und Teilhabeleistungen zu benötigen, decken *â mit Blick auf die Gesamtrechtsordnung* *â einerseits die Träger der privaten oder der gesetzlichen Krankenversicherung* (vgl [Â§ 5 Abs 1 Nr 13, Â§ 11 Abs 5 Satz 1 SGB V](#)) und andererseits die Rehabilitationsträger ab (*hier ggf der Träger der*

Eingliederungshilfe nach [Â§ 6 Abs 1 Nr 7 SGB IX](#)). Ein Bedauern für Haftungsbeschränkungen schulangehöriger Personen ([Â§ 106 Abs 1 SGB VII](#)) besteht in diesen Fällen nicht.

Â

21

5. Eine Zurückverweisung der Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das SG scheidet aus, obgleich in der höchststrichterlichen Rechtsprechung anerkannt ist, dass das BSG in Wahrnehmung der dem LSG gemäß [Â§ 159 Abs 1 SGG](#) eingeräumten Befugnis die Sache unter Aufhebung der angegriffenen Entscheidung des LSG an das SG zurückverweisen kann (dazu zuletzt *BSG Beschluss vom 17.11.2015* [B 1 A KR 130/14 B](#) *juris RdNr 20* sowie *Urteile vom 23.6.1981* [7 A RAr 31/80](#) *SozR 1500 Â§ 136 Nr 6* und vom 12.3.1981 [11 A RLw 1/80](#) *BSGE 51, 223* = *SozR 1500 Â§ 78 Nr 18*; vgl auch *Senatsurteil vom 10.8.2021* [B 2 A U 1/20 R](#) *juris RdNr 15*). Denn es liegen weder die Tatbestandsvoraussetzungen des [Â§ 159 Abs 1 SGG](#) vor noch erscheint der Verzicht auf die Zurückverweisung ermessensfehlerhaft, wie das LSG zutreffend ausgeführt hat. Das SG hat in der Sache selbst entschieden ([Â§ 159 Abs 1 Nr 1 SGG](#)). Der erstinstanzliche Gehörverstoß ist im Berufungsverfahren geheilt worden und wirkt nicht fort (zum *Novenrecht und Prüfungsumfang des LSG* vgl [Â§ 157 SGG](#)); eine umfangreiche oder aufwändige Beweisaufnahme ist nicht notwendig ([Â§ 159 Abs 1 Nr 2 SGG](#)). Zudem ist es ermessensgerecht, eine Zurückverweisung als Ausnahme anzusehen und bei Entscheidungsreife davon abzusehen (vgl *BSG Urteile vom 11.12.2002* [B 6 A KA 1/02 R](#) *SozR 3 2500 Â§ 106 Nr 57* und vom 30.8.2001 [B 4 A RA 87/00 R](#) *BSGE 88, 274* = *SozR 3 5050 Â§ 22b Nr 1* sowie *Beschl. vom 1.8.2017* [B 13 A R 323/16 B](#) *juris RdNr 13*, vom 14.2.2006 [B 9a A SB 22/05 B](#) *juris RdNr 7*, vom 16.12.2003 [B 13 A RJ 194/03 B](#) *juris RdNr 9* und vom 15.11.1995 [6 A RKa 58/94](#) *SozR 3 1300 Â§ 16 Nr 1*). Da eine Sachentscheidung des erkennenden Senats somit nicht unzulässig im Sinne des [Â§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#) erscheint, kommt eine Zurückverweisung der Sache an das LSG gleichfalls nicht in Betracht.

Â

22

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 183, 193 SGG](#) und berücksichtigt, dass auch die Beigeladene mit ihrer Revision erfolglos geblieben ist. Dabei erstreckt sich die Kostenprivilegierung des Klägers ([Â§ 183 SGG](#)) auf die grundsätzlich kostenpflichtige ([Â§ 197a SGG](#)) Beigeladene (*Senatsbeschluss vom 29.5.2006* [B 2 A U 391/05 B](#) *SozR 4 1500 Â§ 193 Nr 3 RdNr 17*).

Â

Â

Erstellt am: 01.09.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024